Deutscher Bundestag **Drucksache 16/611**
16. Wahlperiode 10. 02. 2006

Fragen

für die Fragestunde der 18. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 15. Februar 2006

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Christoph Waitz** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der von der Initiative der EU-Kommission betroffenen Verbände und Unternehmen, der Verlagssektor würde in bisher unbekanntem Ausmaß audio-visuellen Medien zugeordnet werden, weil das Internetangebot der Verlage, welches zur Gewinnung von Anzeigenkunden diene, nunmehr strengeren rundfunkrechtlichen Maßstäben und Bewertungskriterien unterliegen solle, und welche Begründung führt die Bundesregierung für ihre Ansicht an?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

2. Abgeordnete **Kerstin Andreae** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die wiederholt vorgetragene Forderung des Deutschen Städtetages, im Rahmen der angestrebten Föderalismusreform den Kommunen ein Anhörungsrecht bei Gesetzgebungsverfahren des Bundes einzuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

3. Abgeordneter **Hans-Kurt Hill** (DIE LINKE.)

Welche Auswirkungen auf den Wettbewerb im deutschen Gasmarkt erwartet die Bundesregierung von der Tatsache, dass sich der russische Energiekonzern Gasprom, der bereits eine dominierende Marktstellung bei der Förderung, der Verteilung und dem Handel von Erdgas innehat, in Deutschland in das Endkundengeschäft einsteigt und dazu Anteile an Stadtwerken erwerben will (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Dezember 2005)?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 5.

4. Abgeordneter **Hans-Kurt Hill** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um die aktuellen nachfrage- und witterungsbedingten Engpässe bei der Versorgung mit Erdgas in Deutschland zukünftig zu vermeiden?

5. Abgeordneter **Christoph Waitz** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK), dass eine marktbeherrschende Stellung im Anzeigenmarkt durch Zusammenziehung unterschiedlicher Medien aus dem Print- und audio-visuellen Bereich erreicht werden kann, und welche Begründung liegt der Ansicht der Bundesregierung zugrunde?*)

6. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Betrachtet die Bundesregierung den Erhalt von wohnortnahen Arbeitsplätzen, von dem insbesondere in Teilzeit arbeitende Frauen profitieren, wie zum Beispiel bei der Telekom, als Chance für strukturschwache Regionen, und was wird die Bundesregierung als größter Anteilseigner der Telekom tun, um Schließungen von Call-Center-Standorten der Telekom, z. B. in Oberfranken, zu verhindern, und damit die drohende Arbeitslosigkeit von Frauen abzuwenden, die auf wohnortnahe Arbeitsplätze angewiesen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

7. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Durch welche Regelungen will die Bundesregierung das Bedürfnis nach unabhängigen und verlässlichen Informationen der Verbraucherinnen und Verbraucher in einem Verbraucherinformationsgesetz – wie unter anderem im 10-Punkte-Programm vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, angekündigt – befriedigen?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

8. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Wie will die Bundesregierung zugleich den durch unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung garantierten Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen sicherstellen?

9. Abgeordneter **Dr. Edmund Geisen** (FDP)

Plant die Bundesregierung, in dem vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, vorgeschlagenen Verbraucherinformationsgesetz einen unmittelbaren Auskunftsanspruch von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegen Unternehmen zu verankern, und falls ja, aus welchen Gründen?

10. Abgeordneter **Dr. Edmund Geisen** (FDP)

Wie will die Bundesregierung die Unternehmen allgemein an dem Informations- und Auskunftsprozess der Behörden, die ein Auskunftsbegehren eines Verbrauchers gemäß des geplanten Verbraucherinformationsgesetzes bearbeiten, beteiligen, insbesondere durch Anhörungs- und Einspruchsrechte?

11. Abgeordnete **Marina Schuster** (FDP)

Wie will die Bundesregierung ein angekündigtes Verbraucherinformationsgesetz ausgestalten, damit komplexe und fachspezifische Daten in allgemein verständlicher und für die Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehbarer Weise herausgegeben werden?

12. Abgeordnete **Marina Schuster** (FDP)

Wie will die Bundesregierung insbesondere vermeiden, dass Informationen dadurch missverständlich werden, dass sie aus dem Zusammenhang gerissen an die Öffentlichkeit oder an einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher herausgegeben werden?

13. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die fehlenden toxikologischen Daten, die für eine Gesamtbewertung der Gesundheitsgefährdung durch Isopropylthioxanton (ITX) erforderlich sind, erheben oder von der Verpackungsindustrie einfordern, um zu einer abschließenden Empfehlung für die Verwendung dieser Chemikalie zu kommen?

14. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass angesichts der ungeklärten toxikologischen Bewertung der Chemikalie ITX in Kartonsäften und den von der Deutschen Umwelthilfe gefundenen Belastungen in Höhe von bis 447 Mikrogramm/kg in einzelnen Säften, die den österreichischen Grenzwert von 50 Mikrogramm/kg erheblich überschreiten, eine Rückrufaktion der belasteten Säfte durch die Behörden und Unternehmen durchzuführen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

15. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)

Welche Aktivitäten plant die Bundesregierung in diesem Jahr anlässlich des Internationalen Frauentages?

16. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

Wird bei der geplanten Einführung eines Elterngeldes dieses erst nach Ablauf der Gewährung von Mutterschaftsgeld nach § 13 Abs. 1 Mutterschutzgesetz, das für einen Zeitraum von acht bis zwölf Wochen gezahlt wird, fällig, oder soll der Anspruch auf Elterngeld gleich nach Geburt des Kindes geltend gemacht werden können?

17. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

Wie wirkt sich dies auf die Gewährung von Mutterschaftsgeld aus, falls das Elterngeld gleich nach Geburt gezahlt werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

18. Abgeordneter
Patrick Döring
(FDP)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass es für europäische Luftfahrtunternehmen zunehmend schwieriger wird, ihre Flugzeuge gegen terroristische Angriffe zu versichern, und inwieweit sieht die Bundesregierung diesbezüglich Handlungsbedarf?

19. Abgeordneter
Patrick Döring
(FDP)

Trifft es zu, dass in den USA die Luftfahrtbehörden einheimischen Fluglinien eigene, kostengünstige Policen zur Absicherung dieses Risikos anbieten, und wie gedenkt die Bundesregierung auf die entsprechenden Wettbewerbsverzerrungen zu reagieren?

20. Abgeordnete
Ekin Deligöz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über den Mittelabfluss für die Fertigstellung des vierspurigen Ausbaus der Bahnstrecke zwischen Augsburg und München, und gibt es Informationen darüber, wann die Fertigstellung endgültig erfolgen soll?

21. Abgeordnete
Ekin Deligöz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen hat die Bundesregierung bezüglich der Berücksichtigung in der Bedarfsplanung zum Ausbau des Schienennetzes über den Bahnstreckenausbau zwischen Ulm und Oberstdorf, insbesondere zum geplanten Ausbau des Teilstücks von Neu-Ulm nach Memmingen, und welche finanziellen Mittel des Bundes sind für die Realisierung des Projekts eingeplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

22. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung eine Verordnung zur Kennzeichnung von Fahrzeugen, insbesondere Dieselfahrzeugen, hinsichtlich ihrer Partikelemissionen erlassen, zur Durchsetzung von Fahrverboten bei Überschreitung von Grenzwerten, und wie sieht diese Regelung aus?*)

23. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung sich auf der europäischen Ebene dafür einsetzen, dass baldmöglichst ein vollständiger Vorschlag für die Abgasnorm Euro V für PKW und Euro VI für LKW verabschiedet wird?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 47.

24. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung die Forderung einiger Bundesländer nach einer Absenkung der seit 1. Januar 2005 geltenden Partikelgrenzwerte auf europäischer Ebene?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

25. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Bis wann wird die Bundesregierung den seit September 2005 entstandenen Stau in der Bewilligung von Forschungsförderungsmitteln, der unter anderem aus der vorläufigen Haushaltsführung sowie den noch zu klärenden Zuständigkeiten zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie resultiert und der Auswirkungen auf die Umsetzung beabsichtigter Forschungsvorhaben von Universitäten sowie von kleinen und mittleren Unternehmen hat, auflösen?

26. Abgeordnete
Priska Hinz (Herborn)
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie hat sich seit Herbst 2005 der Mittelabfluss in den Forschungsförderprogrammen der Bundesregierung entwickelt, die durch den Wechsel vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zum Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie betroffen waren?

27. Abgeordnete
Priska Hinz (Herborn)
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung anhand dieser Zahlen ausschließen, dass wichtige Forschungsvorhaben von Hochschulen und von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) substanziell gefährdet sind?

28. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass zurzeit aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Haushaltsverhandlungen keine Auszahlungen über den so genannten Verbändetitel, über den unter anderem Seminare politischer Studierendenorganisationen (Jungsozialisten, Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten), freier zusammenschluss von stu-

dentInnenschaften usw.) gefördert werden, erfolgen, womit die Möglichkeiten zur politischen Arbeit für die Betroffenen deutlich eingeschränkt werden?

29. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Aus welchen Gründen orientiert sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zuweisung der Mittel für den Hochschulbau gemäß der im Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Pläne zur Föderalismusreform an den abgerufenen Mitteln der Jahre 2000 bis 2003?

30. Abgeordnete
Krista Sager
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie und durch wen wird in Zukunft festgehalten und dokumentiert, wie viele Studienbewerberinnen und -bewerber es für Studienplätze in Deutschland gibt?

31. Abgeordnete
Krista Sager
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie und durch wen wird in Zukunft festgehalten und dokumentiert, wie viele Studienbewerberinnen und -bewerber letztendlich ohne Studienplatz in Deutschland bleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

32. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Ausweichreaktionen auf die geplante Abgabenerhöhung um 5 Prozent auf Minijobs im gewerblichen Bereich rechnet die Bundesregierung, wenn sie unterstellt, dass durch die Erhöhung die Lohnsumme aus geringfügiger Beschäftigung um 15 Prozent sinken wird?

33. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welchen Netto-Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt durch die geplante Abgabenerhöhung um 5 Prozent auf Minijobs im gewerblichen Bereich rechnet die Bundesregierung, wenn nach eigenen Annahmen durch diese Erhöhung die Lohnsumme aus geringfügiger Beschäftigung um 15 Prozent sinken wird?

34. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Laufe dieser Legislaturperiode dem Parlament einen Gesetzentwurf zum Schutz von Arbeitnehmerdaten zuzuleiten?

35. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen und des Verbandes der Arbeiterersatzkassen aus dem Schreiben vom 6. Januar 2006 an die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung aus dem Schreiben vom 12. August 2005, dass es sich bei der am drittletzten Bankarbeitstag jedes Monats zu erbringenden Beitragsschuld nicht um einen bloßen Abschlag handelt, sondern die zu erbringende Leistungsschuld der endgültigen Beitragsschuld nahezu entsprechen soll?

36. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung und der Verbände der Angestellten-Krankenkassen und der Arbeiterersatzkassen, wie sie sich aus den in Frage 34 genannten Schreiben ergibt, dass daher für die Berechnung des Beitragssolls am drittletzten Bankarbeitstag jedes Monats für den letzten Entgeltabrechnungszeitraum die jeweils im letzten Monat eingetretenen Änderungen in der Zahl der Beschäftigten, der Arbeitstage bzw. Arbeitsstunden sowie der einschlägigen Entgeltermittlungsgrundlagen und Beitragssätze aktualisiert werden muss und daher alle Vorgehensweisen mit dem Gesetz vereinbar sind, die diesem Anliegen gerecht werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

37. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)

Wie begründet und bewertet die Bundesregierung, dass die Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, in der Verantwortung des Auswärtigen Amts liegen, also im Einzelplan 05 des Bundeshaushalts geregelt werden, obwohl die Aufgaben von UNICEF als Entwicklungsorganisation in den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit fallen und somit in dem Einzelplan 23 geregelt werden müssten?

38. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)

Sieht sich die Bundesregierung veranlasst, diesen Sachverhalt in absehbarer Zeit zu ändern?

39. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit der bisherigen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung im Auswärtigen Amt seit der Einrichtung dieser Funktion, und wann soll ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für Tom Koenigs in dieser Funktion die Arbeit aufnehmen?

40. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)

Aus welchen Einzelplänen und Haushaltstiteln des Bundeshaushalts werden ggf. Lösegelder für entführte deutsche Staatsbürger gezahlt?

41. Abgeordneter
Paul Schäfer (Köln)
(DIE LINKE.)

Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung gegen einen UN-geführten Einsatz zur Sicherung der Parlamentswahlen in der Demokratischen Republik Kongo?

42. Abgeordneter
Paul Schäfer (Köln)
(DIE LINKE.)

Welche besonderen militärischen Gründe sprechen für eine Beteiligung der Bundeswehr an einem Militäreinsatz zur Sicherung der Parlamentswahlen der Demokratischen Republik Kongo?

43. Abgeordnete
Sevim Dagdelen
(DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass der in der Nacht zum 31. Januar 2006 nach Togo abgeschobene togoische Oppositionelle A. M. direkt nach seiner Ankunft am Flughafen in Lomé von der Polizei festgehalten und bedroht wurde und später sich einer Inhaftierung von vermutlich zivilen Milizen nur durch Flucht entziehen konnte (Pressemitteilung der „Internationalen Kampagne gegen die Diktatur in Togo und anderen afrikanischen Ländern“ vom 5. Februar 2006), und wie bewertet die Bundesregierung diese Inhaftierungsversuche in Bezug auf die Sicherheit des Betroffenen?

44. Abgeordnete **Sevim Dagdelen** (DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung die Einschätzung von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen bestätigt, dass bei einer Abschiebung nach Togo das Leben abgelehnter Asylbewerber bedroht ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, der Aufforderung von amnesty international vom 20. Juli 2005 zu folgen, sich dafür einzusetzen, dass Asylsuchende nicht zur Rückkehr nach Togo gezwungen werden, wenn sie dort schwere Menschenrechtsverletzungen zu befürchten haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

45. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung, dass trotz steigenden Investitionsbedarfs der Kommunen – so rechnet die Bankengruppe KfW mit einem Schulsanierungsbedarf von 60 Mrd. Euro bis 2009 – laut den jüngsten Angaben der kommunalen Spitzenverbände (Bericht „Kommunalfinanzen 2004 bis 2006“) die jährlichen Investitionszuweisungen von Bund und Ländern an die Kommunen von 8 Mrd. Euro (2004) auf 7,5 Mrd. Euro (2006) zurückgehen, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Investitionszuweisungen seitens des Bundes und der Länder an die Kommunen wieder anzuheben?

46. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die laut den jüngsten Angaben der kommunalen Spitzenverbände (Bericht „Kommunalfinanzen 2004 bis 2006“) von 31,93 Mrd. Euro (2004) auf 36,60 Mrd. Euro ansteigenden Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen, und was will die Bundesregierung tun, um die Städte, Gemeinden und Landkreise hier zu entlasten?

47. Abgeordneter **Winfried Hermann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag angekündigte Gesetz zur steuerlichen Förderung der Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern vorlegen, und wie soll diese Förderung die Feinstaubemissionen vermindern?*)

---

*) Siehe hierzu auch Frage 22.

48. Abgeordneter **Hans Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung Biokraftstoffe zukünftig so besteuern will, dass ein Landwirt, der seinen Raps an eine Ölmühle verkauft und von dieser Ölmühle das aus seinem Raps ausgepresste Rapsöl bezieht, für dieses Pflanzenöl Mineralsteuer zahlen muss?

49. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt sich die Zusage des Bundesministeriums der Finanzen, trotz der angespannten Haushaltslage dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales „19 neue Stellen im Leitungsbereich zur Verfügung gestellt hat“ (Rundschreiben des Personalrats des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 01/2005 vom 8. Dezember 2005) und auf welcher haushaltsrechtlichen Grundlage beruht sie?

50. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es Bestrebungen von Seiten der EU-Mitgliedstaaten gibt, das Partnerschaftsprinzip im Rahmen der kommunalen Strukturfondsverordnungen (EU-Kommissionsentwurf der Allgemeinen Verordnung – KOM(2004) 492) abzuschwächen, und wenn ja, welche Position nimmt die Bundesregierung zu diesem Vorhaben ein?

51. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Existieren innerhalb der Bundesregierung Alternativüberlegungen, die die weitere Beteiligung der lokalen Ebene in Deutschland gewährleisten, falls das Partnerschaftsprinzip im Rahmen der kommunalen Strukturfondsverordnungen abgeschwächt wird, und wenn ja, welcher Art?

52. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Ausfälle bei den EU-Strukturfondsmitteln ab 2007 über den Solidarpakt II auszugleichen sind (Handelsblatt, 7. Februar 2006), und wenn ja, welche politischen Handlungen leitete sie daraus ab?

53. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach die Mittel für die Strukturfonds insgesamt aufgestockt werden sollten (Handelsblatt, 7. Februar 2006), und wenn ja, mit welcher Ausgestaltung (Höhe, Zielgebiete)?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333